

# Der Staat steht sich selbst im Weg

Deutsche Unternehmen wollen Migranten ausbilden – die behördlichen Auflagen sind jedoch hinderlich



Es mangelt in Deutschland an Arbeits- und Fachkräften – hier ein Lehrling in Oberhausen im Ruhrgebiet. Zugleich gehen zahlreiche Migranten keiner Beschäftigung nach. IMAGO

FATINA KEILANI, BERLIN

Wenn Ulla Kampers anfängt, über Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt zu reden, ist sie kaum zu bremsen. Nicht die Flüchtlinge sind dabei das Ziel ihrer Kritik – mit ihnen arbeitet sie nach eigenen Angaben gerne zusammen. Das Problem seien die Ausländerbehörden; der Umgang mit ihnen gleiche einem Albtraum.

Kampers ist Personalchefin der Firma Nordluft, die in Niedersachsen Wärme- und Lüftungstechnik herstellt, und sie ist in dem Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge aktiv, das 2016 vom Bundeswirtschaftsministerium und von der Deutschen Industrie- und Handelskammer gegründet wurde. Rund 3500 kleine und mittelständische Unternehmen sind darin organisiert. Eine Mischung aus selbst erlebtem Fachkräftemangel und dem Wunsch, soziale Verantwortung zu übernehmen, motivierte Kampers 2016, dem Netzwerk beizutreten.

Seither sind viele weitere Menschen nach Deutschland gekommen. Allein 2022 waren es 1,2 Millionen: Die meisten waren ukrainische Kriegsflüchtlinge, eine Viertelmillion kamen als Asylbewerber

aus anderen Ländern, vor allem Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak. Die politisch Verantwortlichen sind nach wie vor weit davon entfernt, die Migration steuern zu können. Aber wie steht es um ihre Fähigkeit, die Flüchtlinge und Migranten in Arbeit zu bringen – oder sie zumindest nicht davon abzuhalten?

Für die grosse Gruppe der Syrer etwa wies die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im vergangenen November eine Beschäftigungsquote von nur 39 Prozent aus – dabei haben fast 100 Prozent von ihnen einen Schutzstatus. Wenn jemand einmal als Flüchtling anerkannt ist, dann gelten für ihn dieselben Regeln und Sanktionsmöglichkeiten wie für deutsche Arbeitnehmer, wie eine Sprecherin der Bundesagentur bestätigt.

## Ein Dickicht aus Vorschriften

Gewiss, ein Problem liegt zweifellos in der schieren Zahl der Menschen, die ins Land drängen. Am Anfang jeder Integration steht der Spracherwerb, und es gibt nicht annähernd genügend Kurse. Ein zweites Problem ist das Bildungsniveau, nicht aller, aber vieler Flüchtlinge. Jugendliche

und Erwachsene, die nur ein Minimum an Schulbildung genossen haben, sind in einem Industrieland wie der Bundesrepublik in der Regel begrenzt einsetzbar.

Aber es gibt auch die gut ausgebildeten und die ehrgeizigen Migranten und Flüchtlinge, die gerne arbeiten würden – und denen wiederum macht der deutsche Staat das Leben unnötig schwer. Ein Dickicht aus Vorschriften gepaart mit einer abweisenden Behördenmentalität behindert die Willigen, und zwar sowohl Arbeitgeber wie auch mögliche Arbeitnehmer.

In einer Umfrage des erwähnten Netzwerks Unternehmen integrieren Flüchtlinge nannte 2022 eine Mehrheit der Mitglieder die komplizierten Verfahren und Vorschriften bei der Beschäftigung von Geflüchteten als «grösste Herausforderung». Die Personalchefin Ulla Kampers klagt: «In der Ausländerbehörde sitzen sie auf einem sehr hohen Ross, und wer dort als Flüchtling allein hingehet, ist aufgeschmissen.» Sie begleitet ihre ausländischen Auszubildenden deswegen mitunter aufs Amt.

Gut läuft die Arbeitsmarktintegration dort, wo nicht der Staat, sondern die Bür-

ger tätig werden. Zum Beispiel solche wie Ulrich Temps. Der 65-Jährige führt mehrere Malereibetriebe an Standorten in Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Als 2016 Hunderttausende Flüchtlinge nach Deutschland kamen, sagte er sich: «Wir können nicht warten, bis Vater Staat aus den Puscheln kommt.» Nicht nur errichtete er ein eigenes Schulungs- und Ausbildungszentrum. Er stellte auch gleich zwei pensionierte Gymnasiallehrer in Teilzeit an, um den Flüchtlingen Deutsch und Mathe beizubringen. Von 64 Auszubildenden sind mehr als die Hälfte Migranten.

## Die Belegschaft bremst

Auch für Temps war die deutsche Bürokratie das grösste Hindernis. Nachdem einer seiner beiden pensionierten Lehrer angesichts unverständlicher Formulare der Ausländerbehörde immer öfter seine Frau, eine Juristin, hatte um Rat fragen müssen, wurde auch diese in Teilzeit eingestellt. Sie begleitet die Flüchtlinge zum Amt, stellt Anträge, schlägt sich herum – wenn Temps erzählt, dann ist es eine Erfolgsstory. Ihm ist die Mühsal des Kampfes mit den Behörden aber deutlich anzuhören.

Es war nicht der einzige Kampf des Unternehmers. Auch die eigene, knapp 500-köpfige Stammbesetzung zog erst nicht mit. Er habe «mindestens so viel Werbung nach innen wie nach aussen» machen müssen, erzählt Temps. Vielen habe er erst klarmachen müssen, dass ohne die Flüchtlinge auch ihre eigenen Arbeitsplätze in Gefahr seien – aufgrund der demografischen Entwicklung der Belegschaft.

Temps sorgte für Sprachunterricht, für Praxis auf dem Bau, für Lerninhalte, und er holte seine Schützlinge aus den Unterkünften. Einige würden nun in einer WG wohnen, erzählt er, andere in kleinen Wohnungen. Der Einsatz zahlt sich oft aus: Einer seiner Auszubildenden, ein Iraker, der kurz vor der Abschiebung gestanden habe, besuche inzwischen die Meisterschule und habe bereits den deutschen Pass. Das alles sei allerdings nur durch eine Klage möglich gewesen. Die Behörden hätten nicht geholfen.

Das deutsche Rechtssystem ist speziell im Asylrecht unflexibel. Wer als Asylbewerber oder Flüchtling kommt, wird als schutzwürdiges Opfer, nicht aber als möglicher Arbeitnehmer betrachtet, obwohl seit Jahren Bedarf an Arbeitskräften besteht. Ist nun ein Asylbewerber nicht schutzwürdig, so hatte er bisher keine Chance, egal, ob man ihn am Arbeitsmarkt brauchen könnte. Mit der «Ausbildungsduldung» und dem «Chancen-Auf-

enthaltsrecht» wurde das Recht jüngst etwas durchlässiger gemacht. Alles vollzieht sich aber weiterhin langsam.

Auch die sogenannte Wohnsitzauflage ist ein Hindernis bei der Arbeitsmarktintegration. So wollte Ulla Kampers für zwei Metallbauunternehmen Flüchtlinge aus dem Nachbarort holen, was nur unter grösstem Aufwand gelang – die Behörde untersagte es zunächst. Kein Einzelfall, wie Herbert Brückers Forschung zeigt. Brücker leitet den Bereich Migration, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit. Er sagt, es seien mehr Flüchtlinge in Arbeit an Orten, an denen es keine Wohnsitzauflage gebe.

Laut Herbert Brücker ist die Realität besser als die Zahlen. Von den Syrern in Deutschland seien viele noch dabei, sich zu qualifizieren und Bildungsabschlüsse zu erwerben. Sie kämen dann im Arbeitsmarkt entsprechend später an, dafür aber auf höherem Niveau.

Nach Brückers Überzeugung läuft es bei der Arbeitsmarktintegration inzwischen gar nicht schlecht, auch wenn es sehr schleppend begonnen habe. Im Pandemiejahr 2020 seien 44 Prozent der anerkannten Flüchtlinge in Arbeit gewesen, in den beiden Folgejahren 2021 und 2022 seien die Zahlen dann aber deutlich hochgegangen.

Die Beschäftigungsquoten mögen immer noch als arg niedrig erscheinen, zumal die relativ hohen staatlichen Leistungen in Deutschland womöglich falsche Anreize setzen. Frauen, die arbeiten wollen, haben zudem das Problem, dass sie kaum Kindergartenplätze für ihren Nachwuchs finden.

Dass die Statistik geringe Zahlen zeige, liege an einer Tücke, sagt der Arbeitsmarktforscher Brücker: Sie bildet die Aufenthaltsdauer nicht ab. Im ersten Jahr in Deutschland kämen nur rund 10 Prozent der Geflüchteten in Arbeit; das drücke auf die Gesamtquote. Dabei arbeite von jenen, die schon länger in Deutschland seien, die Mehrheit.

## «Was willst du hier?»

Brücker sagt, dass 2021 mehr als 50 Prozent der 2015 zugezogenen Geflüchteten erwerbstätig waren, 2023 würden es gut 55 Prozent sein. Die Entwicklung sei «sehr dynamisch». Die Mentalität in den Behörden sei jedoch das Gegenteil von dynamisch, beklagen die befragten Unternehmer. Die Behörden hätten das «Wir schaffen das» nicht verinnerlicht, sagt etwa Ulla Kampers. Die Haltung dort sei eher: «Was willst du hier?»

ANZEIGE

WYSS & PARTNER

**SELTEN**

Wyss & Partner: Die auch international gesuchten Vermögensverwalter am Fusse des Pizol.

wysspartner.ch

# Japan und China geben sich einen Ruck

Dialog soll Eskalation der Spannungen zwischen den beiden Ländern verhindern

MARTIN KÖLLING, TOKIO

Chinas Rivalität mit den USA um die Vormacht in Asien bremst Pekings diplomatische Offensive nicht. Kurz vor dem Besuch des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und der EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen wurde Japans Aussenminister Yoshimasa Hayashi mit grossem protokollarischem Aufwand begrüsst.

Der Japaner sprach beim ersten gegenseitigen Besuch seit mehr als drei Jahren am Sonntag vier statt der geplanten zweieinhalb Stunden mit Chinas Aussenminister Qin Gang. Er traf auch zwei Staats- und Parteigrössen, die mehr zu sagen haben als Chinas Aussenminister.

## Heikles Thema Taiwan

Empfangen wurde Hayashi nämlich von Ministerpräsident Li Qiang und von Wang Yi, der als Mitglied des Politischen Büros des Zentralkomitees der Partei und Direktor des Büros der Zentralkommission für auswärtige Ange-

legenheiten der eigentliche Architekt der chinesischen Aussenpolitik ist.

Hayashi betonte, er habe sich mit Qin auf eine enge Kommunikation «auf allen Ebenen» geeinigt, also auch zwischen den Staats- und Regierungschefs. So wollten beide die Beziehungen verbessern. Dabei sparten beide Seiten ihre Probleme nicht aus. Ein kurzfristiges Thema ist die Freilassung eines japanischen Geschäftsmanns, dem Peking Spionage vorwirft. Wichtiger sind die wachsenden militärischen Spannungen, vor allem um Taiwan. China droht offen mit einer Invasion, sollte sich die Insel offiziell für unabhängig erklären. Denn Peking betrachtet Taiwan als untrennbaren Teil der Volksrepublik China.

Mit Sorge beobachtet die chinesische Führung nun, wie Japan aufrüstet. So will die japanische Regierung die Verteidigungsausgaben in den nächsten fünf Jahren verdoppeln, auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zudem geht der engste asiatische verbündete Amerikas Allianzen mit anderen Verbündeten der USA wie Australien und Grossbri-

tannien ein. Gleichzeitig deuten Politiker der regierenden Liberaldemokratischen Partei immer wieder an, Taiwan im Falle einer chinesischen Invasion an der Seite der USA beizustehen.

Ausserdem nähert sich Japan beim Thema Exportbeschränkungen für die chinesische Halbleiterindustrie der amerikanischen Haltung an. Tokio teilte am Freitag mit, man wolle die Ausfuhr von 23 Arten von Produktionsanlagen und Technologien für die Halbleiterherstellung künftig stärker kontrollieren.

## Chipindustrie als Hebel

Chinas Aussenminister Qin Gang reagierte scharf auf den Schritt: «Die USA haben mit Mobbingtaktiken die japanische Halbleiterindustrie brutal unterdrückt», sagte er zu Hayashi. Jetzt wiederhole Washington seine alten Tricks gegenüber China. Dann beschuldigte er Japan, ein «Lakai» Washingtons zu sein. Die Blockade werde nur Chinas Entschlossenheit stärken, unabhängig zu werden.

Doch die geplanten zusätzlichen Kontrollen zeigen, wie sich die japanische Regierung im Spagat zwischen Washington und Peking Handlungsspielraum bewahren will. Wirtschafts- und Handelsminister Yasutoshi Nishimura betonte: «Diese Exportkontrollen gelten für alle Regionen und richten sich nicht gegen ein bestimmtes Land.» Die Regierung wolle prüfen, ob die Gefahr einer militärischen Zweckentfremdung bestehe.

In der Praxis bedeutet dies, dass bestimmte Exporte von Gütern erst von der Regierung genehmigt werden müssen. Denn nur Länder, die zu den bevorzugten Handelspartnern Japans gehören, können weiterhin ohne Ausfuhrgenehmigung in Japan einkaufen. Dazu gehören in Asien neben der Europäischen Union die Chip-Hochburg Taiwan und der Stadtstaat Singapur, in dem ebenfalls Halbleiter produziert werden. Im Falle Chinas kann die japanische Regierung nun entscheiden, welche Anlagen und Produkte an welche Unternehmen geliefert werden dürfen.